

MAGAZIN



Energiewende-Demonstration
am 22. März 2014 vor dem Hessischen Landtag

ZUR LAGE IN HESSEN

LIEBE BUND- MITGLIEDER, LIEBE LESERINNEN UND LESER

Es geht auf die Landtagswahl im Oktober zu – Zeit und Gelegenheit ein klein wenig Resümee zu ziehen und sich Gedanken zur Zeit danach zu machen. Wie schätzen wir die ablaufende Legislaturperiode ein, was erwarten wir uns für Natur- und Umweltschutz in den nächsten Jahren?

Die schwarz-grüne Koalition hat die Inhalte des Koalitionsvertrags weitgehend abgearbeitet, unsere Einschätzung „Besser als befürchtet“ hat sich bewahrt. Einiges wurde auf den Weg gebracht, wir konnten aber spüren, dass doch eine Spannung zwischen den Koalitionären besteht, die sich insbesondere

in inhaltlichen Positionen widerspiegelt. Da bleiben dann auch wichtige Punkte auf der Strecke, wenn man diese nicht konkret genug vereinbart hatte. Gerade bei der CDU hätten wir uns mehr erwartet, insbesondere eine Öffnung für die Belange des Natur- und Umweltschutzes, der doch eigentlich zum Kern einer Partei, die sich der Schöpfung verpflichtet fühlt, gehören sollte.

Für die nächste Legislaturperiode werden wir als BUND deshalb unsere Forderungen klarer formulieren, belastbare Ziele einfordern und für einen neuen Koalitionsvertrag die für uns essentiellen Punkte benennen. Eine Mehrheitsbildung im neuen Hessischen Landtag wird aller Voraussicht nach schwieriger werden, die Parteienlandschaft wird noch größer sein und daraus werden neue Herausforderungen für die Parteien entstehen.

Als BUND richten wir unsere Forderungen an alle Parteien, wir wissen aber auch, dass diese nicht bei allen auf die gleiche positive Resonanz stoßen.

Die FDP hat sich zu Klimaschutz und Energiewende weitgehend ablehnend positioniert ohne eigene Gegenvorschläge zu unterbreiten. Die SPD versucht zu unseren Themen ein neues Profil zu entwickeln, die GRÜNEN sind offen für unsere Vorschläge, müssen aber (s.o.) darauf achten, dass sie ihren Koalitionspartner verbindlich einbinden.

Der BUND Landesvorstand wünscht sich engagierte Bürgerinnen und Bürger, die bei der Wahl unsere Anliegen unterstützen und den Themen des Natur- und Umweltschutzes bei der Wahlentscheidung das entsprechende Gewicht geben.

Gehen Sie zur Wahl!

In diesem Sinne
Ihr



JÖRG NITSCH

Landesvorsitzender
BUND Hessen

LANDESPOLITIK

HESSENWAHL

2018



**MICHAEL
ROTHKEGEL**

Landesgeschäftsführer

Klima schützen und Biodiversität erhalten – zwei zentrale Herausforderungen für die nächste Landesregierung

Am 28. Oktober 2018 wird in Hessen der Landtag neu gewählt. Der BUND ist parteipolitisch neutral, daher gibt er keine Wahlempfehlung ab, aber ruft dazu auf, die Wahlprogramme der Parteien auf seine Forderungen hin zu befragen.

Der BUND Hessen sieht den Klimaschutz und die Erhaltung der Biodiversität als die beiden zentralen Herausforderungen, denen sich die nächste Landesregierung stellen muss. Die erforderlichen Handlungsfelder dafür liegen insbesondere in der Energie-, Verkehrs-, Landwirtschafts- sowie Naturschutz- und Waldpolitik. Die diesjährige Landesdelegiertenversammlung hat eine Reihe konkreter Forderungen beschlossen, die wir hier in Auszügen wiedergeben:

KLIMASCHUTZ INTENSIVIEREN

Die Ziele des Klimaschutzplans der Landesregierung müssen geschärft und die Maßnahmen zielgerichteter gestaltet werden. Notwendig ist eine Senkung der Treibhausgasemissionen in Hessen jährlich um 3 Prozent.

ENERGIEPOLITIK MIT „BISS“ GESTALTEN

Es müssen Maßnahmen ergriffen werden zur Verminderung des Stromverbrauchs um 50 Prozent bis 2040 und des Wärmebedarfs um 50 Prozent bis 2050 sowie zur Steigerung des Anteils der Erneuerbaren Energien am Stromverbrauch bis 2025 auf mindestens 35 Prozent.

EINSTIEG IN DIE VERKEHRSWENDE BEGINNEN

Das Land Hessen muss neben der Förderung von Maßnahmen zur Verkehrsvermeidung alle Anstrengungen zum Ausbau des Schienenpersonen- und Schienengüterverkehrs unternehmen und die Verlagerung von Verkehr vom Flugzeug auf die Schiene vorantreiben.

NATURSCHUTZ IN DIE OFFENSIVE BRINGEN

Der Naturschutzhaushalt des Landes zur Umsetzung von Arten- und Biotopschutzprogrammen ist um mindestens 20 Mio. Euro pro Jahr zu erhöhen, die Naturschutzverwaltung zu stärken und das Landesnaturschutzgesetz zu novellieren.

LANDWIRTSCHAFTS- UND WALDPOLITIK ÖKOLOGISCH AUSRICHTEN

Es sind ausreichende Mittel bereitzustellen, um bis 2025 den Anteil ökologisch bewirtschafteter Flächen in Hessen auf 30 Prozent zu erhöhen. Eine Reduktionsstrategie für Pestizide und Mineraldünger sowie zielgerichtete Biodiversitäts-Maßnahmen müssen sicherstellen, dass auch die konventionelle Landwirtschaft ihren Beitrag zur Förderung der Artenvielfalt leistet.

Der Anteil ungenutzter Wälder an der gesamten hessischen Waldfläche muss auf 5 Prozent gesteigert werden.

FLÄCHENVERSIEGELUNG REDUZIEREN

Böden und landwirtschaftliche Flächen müssen zwingend vor weiterer Versiegelung geschützt werden. Der Flächenverbrauch in Hessen muss bis 2020 auf einen Hektar pro Tag gesenkt und stetig weiter bis Netto-Null reduziert werden.

FREIHANDELSABKOMMEN CETA VERHINDERN

Die im Landtag vertretenen Parteien sowie die hessischen Landtags- und Bundestagsabgeordneten müssen sich für eine unverzügliche Kündigung des Vertrags über die vorläufige Anwendung des CETA einsetzen und zur Verhinderung der geplanten Ratifizierung des vollständigen CETA-Vertrages beitragen (s. Seite 8).



VOLLSTÄNDIGER FORDERUNGSKATALOG

http://cms.bund-hessen.de/hessen/dokument/2018/2018_Beschluss_LDV_LT-Wahl.pdf



MEHR ZUM THEMA FREIHANDELSABKOMMEN

<http://www.bund-kv-gg.de/themen-und-projekte/ceta-ttip-tisa/>



HESSISCHES RIED

ERFOLG BEIM TRINKWASSERSCHUTZ

BUND wird sich am Dialogforum zur Spurenstoffstrategie beteiligen

Seit mehr als zwei Jahren forderte der BUND vom hessischen Umweltministerium wirksame Maßnahmen zum Schutz vor Chemikalien aus kommunalen und industriellen Kläranlagen im Grundwasser und in den Bächen des Hessischen Rieds. Nun hat die Kampagne Wirkung gezeigt. Das Ministerium hat im Juni eine Strategie vorgestellt, deren Umsetzung den Schadstoffeintrag deutlich reduzieren soll:

1. Folgende Kläranlagen sollen eine vierte Reinigungsstufe erhalten, um Chemikalien zu entfernen: Bickenbach, Büttelborn, Langen, Darmstadt, Mörfelden-Walldorf und Weiterstadt. Der Ausbau wird vom Land gefördert. Dies ist für den BUND ein großer Erfolg, da das Ministerium anfangs den wirkungsvollen Ausbau von Kläranlagen nur auf zwei kleinere „Alibi“-Anlagen beschränken wollte.
2. Die Einleitung von Mikroschadstoffen durch gewerbliche Abwassereinleiter soll durch Information, Aufklärung und behördliche Auflagen vermindert werden.
3. Die Bevölkerung soll darüber informiert werden, dass Medikamente keinesfalls über die Toilette entsorgt werden dürfen.
4. Die Betreiber der örtlichen Abwasserkanalisation sollen angehalten werden, undichte Kanäle zu sanieren.
5. Bei der öffentlichen Beschaffung will das Land Hessen eine Vorreiterrolle übernehmen, damit weniger Pestizide auf landeseigenen Flächen aufgebracht und umweltfreundliche Putzmittel verwendet werden.
6. Bereits 2017 hat das Ministerium mit Landwirtschaft und Tierärzten eine Verringerung des Einsatzes von Antibiotika bei Milchkühen vereinbart. Gülle und Pestizide auf Gewässerrandstreifen wurden durch eine Änderung des Hessischen Wassergesetzes verboten.



Foto: Paul-Georg Meister/pixelio.de

Das Grundwasser im Hessischen Ried ist stellenweise durch organisch-chemische Schadstoffe belastet. Dabei überwiegen Verbindungen wie z. B. Arzneimittel-Wirkstoffe, die aus kommunalen Kläranlagen in kleine Fließgewässer abgegeben werden. In den sandigen Böden des Hessischen Rieds gelangen Chemikalien in Grundwasser und Trinkwasserbrunnen. In einem Tiefbrunnen des Wasserwerkes Dornheim wurden bereits 2015 bis zu 235 Chemikalien gefunden, die dem industriellen Abwasser der Firma Merck in Darmstadt zugeordnet werden konnten. Bis zu 270 weitere Chemikalien stammten aus kommunalen Kläranlagen.

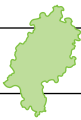
Ein Dialogforum zur Spurenstoffstrategie mit Behörden, Gemeinden, Wasserversorgern, Umweltverbänden, Industrie, Landwirtschaft und dem Gesundheitswesen soll die anlaufenden Arbeiten unterstützen. Der BUND wird sich daran beteiligen und u. a. fordern, dass andere Standorte im Hinblick auf ähnliche Belastungen überprüft werden. Bei den für Wasserversorger vorgeschriebenen chemisch-analytischen Untersuchungen zu Pestiziden sollten einige für Kommunalabwasser typische Chemikalien ebenfalls analysiert werden. So wäre es möglich, schnell eine landesweite Übersicht zu erhalten.

Forschungsergebnisse der letzten Jahre zeigten, dass die Chemikalienfülle in unseren Gewässern auch in niedrigen Konzentrationen schädliche Wirkungen auf Wasserorganismen und ihre Lebensgemeinschaften hat. Die Einträge müssen minimiert werden, um die rechtliche Anforderung der EU-Wasserrahmenrichtlinie für den guten ökologischen Zustand zu erreichen.



HANS-JOACHIM GROMMELT

Arbeitskreis Wasser
im BUND Hessen



INTERVIEW

URSULA HAMMANN

23 Jahre Einsatz für Natur und Umwelt im Hessischen Landtag und seit Jahrzehnten BUND-Mitglied



**BRIGITTE
MARTIN**

Redaktion BUNDmagazin
Hessen



Foto: © Katrin Schilling

Nach 23 Jahren als Hessische Landtagsabgeordnete hat sich Ursula Hammann der Gesundheit zuliebe entschieden, bei der Landtagswahl am 28. Oktober nicht wieder anzutreten. Mit Ende der jetzigen Legislaturperiode Mitte Januar 2019 wird die Vorsitzende des Umweltausschusses und Vize-Präsidentin des Hessischen Landtags daher aus der Landespolitik ausscheiden.

Der Kommunalpolitik in ihrer Heimatgemeinde Biebesheim wird die Grünen als Gemeindevertreterin aber erhalten bleiben.

Wir von der Redaktion des BUNDmagazins haben die Sprecherin der Landtagsgrünen für den Natur- und Tierschutz und Europa nach dem Fazit ihrer Amtszeit im Hinblick auf den Natur- und Umweltschutz befragt.

Was waren Ihre größten Erfolge im oder auch für den Umwelt- und Naturschutz?

Es freut mich ganz besonders, dass es unter meiner Verantwortung gelungen ist, die hessischen Landesliegenschaften auf Ökostrom umzustellen. Ich habe mit dazu beitragen können, den Ausbau der Sondermüllverbrennungsanlage in Biebesheim um einen dritten Ofen zu verhindern und ein Bio- und Humanmonitoring im Hinblick auf diese Anlage durchzuführen.

Lange habe auch ich für die Einführung einer Hessischen Umweltlotterie, die Gründung einer Landestierschutzstiftung zur Unterstützung unserer Tierheime und für die Einrichtung von 3R-Professuren zur Forschung über die Reduktion und Vermeidung von Tierversuchen gekämpft. All das konnte durch unsere Regierungsbeteiligung verwirklicht werden.

Es ist auch gelungen, durch die Änderung der Hessischen Jagdverordnung einen ethischeren Umgang mit Wildtieren zu erreichen. 25.576 Hektar (acht Prozent) Staatswaldfläche sind jetzt als Wildnisflächen (Kernflächen) ausgewiesen. Und bis Ende 2018 wird der gesamte Hessische Staatswald nach FSC-Kriterien bewirtschaftet sein.

Auch den Bannwaldschutz haben wir gesetzlich gestärkt.

Die Mittel für den Naturschutz haben wir um 13,2 Millionen Euro erhöht. Im Landesetat 2018/2019 stehen dafür 33 Millionen bereit. Der Naturschutz wurde in der Fachbehörde HLNUG verankert. Der ökologische Landbau wird endlich verstärkt gefördert, Hessen ist damit bundesweit vorne. Das Programm für Agrarumwelt- und Landschaftspflege-Maßnahmen (HALM) fördert Blühstreifen, Blühflächen und Ackerwildkräuter. Damit wird nicht nur zahlreichen Insekten, sondern auch gefährdeten Vogelarten geholfen.

Was konnte nicht erreicht werden?

In einer Koalition ist leider kein reines GRÜNES Programm umsetzbar. Was wir bisher nicht umsetzen konnten, haben wir aber nicht aus den Augen verloren. Dazu gehört, den Flächenverbrauch drastisch zu senken, um hier langfristig auf „Netto-Null“ zu kommen. Das Hessische Naturschutzgesetz mit Blick auf den Verlust der Artenvielfalt zu ändern und weitere Biotope zu schützen. Das Hessische Jagdgesetz zu evaluieren und an wildbio-



Ursula Hammann Ende Februar 2018 auf der Grün-wirkt-Tour ihrer Landtagsfraktion mit dem Vorsitzenden des Bensheimer Bienenzüchtervereins, Peter Dengler, vor einem sogenannten Insektenhotel im Hospizgarten der Stadt, das Teil des dort von dem Verein eingerichteten Bienenrefugiums ist, das von der Hessischen Umweltlotterie als Gewinnerprojekt ausgezeichnet und mit 5000 Euro Siegesprämie unterstützt wurde.

logische Erkenntnisse anzupassen. Landesweit Landschaftspflegeverbände einzusetzen, um dringendem Handlungsbedarf im Offenland gerecht zu werden und eine bessere Zusammenarbeit aller Beteiligten vor Ort zu erreichen. Naturschutzgebiete und weitere Naturwaldgebiete im Staatswald auszuweisen sowie die dauerhafte rechtliche Sicherung der Naturwaldflächen (Kernflächen) als Naturschutzgebiete.

Was hat sich in den 20 Jahren geändert?

Seit 1999, in den Regierungszeiten von CDU und FDP und der Union allein, wurde dem Rückgang der Tier- und Pflanzenarten bei uns in Hessen nur halbherzig begegnet. Naturschutz- und Umweltverbände wurden nicht ernst genommen. Der ökologische Landbau dümpelte vor sich hin. Die Gefahren der Gentechnik wurden ignoriert, Schadstoffeinträge in Gewässernähe nicht unterbunden, erneuerbare Energien nicht als Chance begriffen und der Verbrauch von Ackerland, Wiesen und Wäldern nicht als Problem angegangen.

Wir Grüne haben in dieser Legislaturperiode seit 2014 dafür gesorgt, dass dem Naturschutz auch bei uns endlich wieder der hohe politische Stellenwert eingeräumt wird, der ihm nach unserer Auffassung zukommen muss.

Sie sind schon seit Jahrzehnten Mitglied in unserem Verband. Wie war die Zusammenarbeit mit dem BUND?

Es war und ist eine sehr gute Zusammenarbeit. Der faire fachliche und menschlich außerordentlich angenehme Umgang, den ich seitens des BUND erlebt habe, ist für mich von ganz besonderer Bedeutung und sehr wertvoll.

Ich habe als Abgeordnete bei fachlichen Fragestellungen von den Mitgliedern des BUND stets kompetente Rückmeldungen und Unterstützung erhalten. Dafür bedanke ich mich ganz herzlich!

KURZ NOTIERT

BIOSPHÄRENREGION RHEINGAU-TAUNUS-WIESBADEN

Mit einer Machbarkeitsstudie prüft das Land Hessen, ob in der Region Rheingau-Taunus, Wiesbaden und Main-Taunus eine neue Biosphärenregion eingerichtet werden kann. Die Bevölkerung wird daran über Bürgerforen und Online-Dialog beteiligt. Der BUND ist in dem 30-köpfigen Steuerringskreis vertreten, der die Studie begleiten wird.

Die Studie soll bis Ende 2019 das potenzielle Gebiet mit den einzelnen Schutzzonen darstellen, die UNESCO-Kriterien abprüfen, die Besonderheit der Region herausarbeiten und die Vor- und Nachteile darstellen.



MEHR ZUM THEMA

www.machbarkeitsstudie-biosphaerenregion.de



BÜRGERFOREN BSR

Main-Taunus-Kreis: 29.08.2018, 18-20 Uhr, Kreishaus Hofheim

Rheingau-Taunus-Kreis: 30.08.2018, 17-19 Uhr, Kreishaus Bad Schwalbach

Wiesbaden: 31.08.2018, 18-20 Uhr, Bürgerhaus Mainz-Kastel

AUSSTELLUNG „WILDNIS“ IN FRANFURTER KUNSTHALLE SCHIRN

Die Ausstellung widmet sich aus einer zeitgenössischen Perspektive der Faszination und den vielfältigen Verbindungen von Wildnis, insbesondere der unberührten Natur und Kunst im 20. und 21. Jahrhundert und vereint Gemälde, Fotografien, Videoarbeiten, Skulpturen und Installationen internationaler Künstlerinnen und Künstler.



MEHR ZUM THEMA

www.schirn.de
<https://www.schirn.de/m/presse/newsroom/wildnis/>



NACHHALTIGKEIT FÜR JUGENDLICHE PRAKTISCH ERFAHRBAR MACHEN

„Nachhaltigkeit für Jugendliche erfahrbar machen“ ist das Motto einer Fortbildungsreihe, bei der in Workshops verschiedene Lebensbereiche praktisch unter die Lupe genommen und Alternativen aufgezeigt werden.

JACKE WIE HOSE? GEHT AUCH ÖKO & FAIR!

Bei der dritten Veranstaltung der Fortbildungsreihe Nachhaltigkeit drehte sich alles um das Thema Kleidung. Referentin Angelika Körner vom Weltladen Gießen führte in das Thema ein. Anhand von Ausschnitten aus dem Film „The true costs“

diskutierten wir über die Missstände bei der Produktion. Dabei ging es um die Verantwortung und die Einflussmöglichkeiten, die die einzelnen Konsument*innen haben.

Anschließend beschäftigten wir uns mit den Qualitätssiegeln. Hier gibt es eine unüberschaubare Vielfalt, die wir nach den Kriterien „ökologisch“ und „fair“ sortierten, um so die aussagekräftigen Siegel zu identifizieren.

Die Verwertung der Altkleider schauten wir uns ebenfalls genauer an. Was landet wo und wer verdient daran? So ist bei den Containern von „Fairwertung“ sichergestellt, dass die Kleidung zu fairen und transparenten Bedingungen weiterverwendet wird.

Weitere Alternativen waren schnell gefunden: Second Hand und Kleidertausch. Deshalb machten wir uns am Nachmittag daran eine Kleidertausch-Party zu planen. Sie soll die Möglichkeit bieten, in netter Atmosphäre Kleidung und Wissen auszutauschen. Die nächste Kleidertausch-Party findet in Gießen statt, siehe „Termine“.



MELDET EUCH
BEI UNS

BUNDjugend Hessen

Sprechzeiten: Mo–Fr von 10–16 Uhr
Geleitsstraße 14, 60599 Frankfurt
Tel. (069) 677376-30
bundjugend.hessen@bund.net
www.bundjugendhessen.de



MITMACHEN

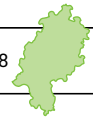
WETTBEWERB NATURTAGEBUCH

Alle Naturforscher*innen bis 12 Jahre auf-gepasst: Ihr habt hoffentlich schon viele schöne Beobachtungen gemacht und in eurem Naturtagebuch eingetragen. Auch wer jetzt noch anfangen möchte, kann dies tun. Denn das Naturforscherjahr geht

bis Ende Oktober. Manfred Mistkäfer ist schon ganz gespannt auf viele tolle Einsendungen!

Bitte schickt eure Naturtagebücher bis zum 31. Oktober 2018 an die BUNDjugend Hessen.





DISSKUSSIONSRUNDE



Anfang Juni fand der dritte Termin der Diskussionsrunde statt. Bei dieser Veranstaltungsreihe tauschen sich die Jugendlichen intensiv über umweltpolitische Themen aus.

WAS MUSS SICH ÄNDERN, DAMIT EUROPA EINE ZUKUNFT HAT?

Mit Alexis Passadakis von attac diskutierten wir Anfang Juni über die Europapolitik. Sein Vortrag begann mit der Vorstellung der EU Institutionen und der Machtverteilung zwischen den Gremien.

Wir sprachen über den Umgang mit der Finanzkrise 2010 und endeten mit der (Frei)Handelspolitik und deren Auswirkungen auf die verschiedenen Staaten. Viele Nachfragen an den Referenten und Wissen aus der „Runde“ machten diesen Abend sehr interessant.

JUGENDLEITER*INNEN GRUNDAUSBILDUNG IN DEN HERBSTFERIEN

An fünf Tagen werden die Grundlagen für das Leiten von Gruppen oder die Betreuung von Freizeiten vermittelt. Dabei geht es sehr praxisnah zu und es werden viele Tipps und Tricks für die Durchführung einer Gruppenstunde, Aktion oder Freizeit erarbeitet.

Für den Erwerb der Jugendleitercard muss zudem ein Seminar zum Thema Aufsichtspflicht besucht werden sowie eine aktuelle Erste Hilfe Ausbildung vorliegen.



TERMINE

30.9. 11–17 Uhr
Naturkosmetik, Detox für den Kleiderschrank
 Café Toller, Ernst Toller Weg 1, 35394 Gießen, Anmeldung unter bundjugend.giessen@mail.de

1.10.–6.10.
Herbst erleben auf dem Apfelbaumhof
 Rimhorn
 für Kids von 9 bis 13 Jahren, Teilnahmebeitrag 175 € (ermäßigt 160 €)

4.10.–7.10.
Jugendleiter*innen-Grundausbildung
 Frankfurt
 ab 16 Jahren, weiterer Tagetermin am 27.10.

27.10. ab 11 Uhr
Kleidertausch-Party
 Ev. Jugendwerkstatt, Alter Krofdorfer Weg 4, 35398 Gießen



MEHR TERMIN-INFOS

www.bundjugendhessen.de/termine/

LANDESJUGENDVERSAMMLUNG

Mitgliederversammlung der BUNDjugend Hessen

Do, 30. August bis So, 2. September 2018

VCP Heim Bad Nauheim, 13- 27 Jahre, kostenfrei



GLOBALISIERUNG

CETA WEITERHIN HOCHGEFÄHRLICH

Freihandelsabkommen muss Thema auch für Hessische Landtagswahl sein.

Mit großen Demonstrationen und einer Europäischen Bürgerinitiative haben wir uns 2016 gegen die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA gewehrt. TTIP ist nun durch den nationalistischen Schwenk („America first!“) des US-Präsidenten Trump erst einmal in der Versenkung geschwunden.

CETA-VERBESSERUNGEN KAUM WIRKSAM

Der große öffentliche Druck hat bei CETA dazu geführt, dass sogenannte Verbesserungen beschlossen wurden. Diese wurden zum überwiegenden Teil dem Abkommen entweder vorangestellt, beigefügt (Gemeinsames Auslegungsinstrument) oder in einem erweiterten Annex angehängt. Durch gutachterliche Stellungnahmen erfahrener Rechts-Professor*innen ist inzwischen klar, dass diese Teile dem fast vollständig unveränderten Kern des Abkommens im Streitfall unterlegen wären, weil

- die Formulierungen der hinzugefügten Teilen schwammig gefasst sind im Gegensatz zu den glasklar formulierten Bedingungen des Kerntextes,
- unter Bezug auf Artikel 31 der Wiener UN-Konvention über Vertragsrecht nicht sprachlich klargestellt ist, dass das Gemeinsame Auslegungsinstrument eine „Primäre Rechtsquelle“ ist, die dem CETA Vertragstext gleichgestellt ist. Es bleibt also nur eine hilfsweise Ergänzung.

Das hinderte die SPD-Spitze auf Bundesebene 2016 nicht daran, in harten Überzeugungsgesprächen prominente Gegner von CETA (und damit ihre schwankende Basis) umzustimmen und im Bundestag für die vorläufige Einführung, d. h. für 90 Prozent der CETA-Inhalte zu stimmen. Bei den restlichen völlig ungeklärten zehn Prozent geht es um die Streitschlichtung Staat vs. ausländische Investoren durch private Schiedsgerichte oder einen neuen (publizistisch großspurig angekündigten) Internationalen Handelsgerichtshof, der bisher aber nicht eingerichtet wurde.

Nach wie vor stehen auch Gerichtsentscheidungen aus. Ebenso ist klar, dass CETA gescheitert ist, wenn nur ein Staat oder z. B. der Bundesrat das Abkommen nicht ratifiziert. Nach der endgültigen Ratifizierung durch alle Staaten der EU wäre das Abkommen nur kündbar mit einer 25-jährigen „Nachlaufzeit“.

CETA JETZT KÜNDIGEN!

Nach Entscheidung und Auflage des Bundesverfassungsgerichts muss in der jetzigen Phase CETA jederzeit kündbar sein. Dazu haben wir in unserem Beschluss auf der LDV an die Bundes- und Landtagsabgeordneten appelliert und sie aufgefordert, sich engagiert für die sofortige Kündigung einzusetzen. Dies ist besonders wichtig vor der hessischen Landtagswahl. Warum? CETA muss in Deutschland auch der Bundesrat mit der absoluten Mehrheit von 35 Sitzen zustimmen. Diese sind nur zu erreichen, wenn einige Landesregierungen zustimmen, bei denen GRÜNE oder LINKE beteiligt sind. Beide Parteien haben auf allen Ebenen CETA abgelehnt. Wenn sie ihre eigene Basis ernst nehmen, müssen sie in der Landesregierung die Koalitionskarte ziehen, damit sich das Land in der Abstimmung enthält.



CETA-AUSWIRKUNGEN AUF HESSEN

CETA zuzustimmen heißt nach wie vor:

- Die kommunale Daseinsvorsorge (Wasser/Abwasser, Elektrizität, Pflege, Kinderbetreuung, ...) wird gefährdet.
- Das Vorsorgeprinzip bei der Zulassung neuer technischer Verfahren und Stoffe wird ausgehebelt.
- Die Demokratie wird eingeschränkt: durch die regulatorische Kooperation (Verhinderung von Vertragsverletzungen bei z. B. Verbesserungen von Standards im Umwelt- und Verbraucherschutz) werden geplante Gesetzesvorhaben verändert, wenn nicht vorher schon die „Schere im Kopf“ der Abgeordneten greift – aus Angst vor hohen Klageforderungen wegen „Verhinderung legitimer Gewinnerwartungen“ internationaler Konzerne.

Auch darum geht es bei dieser Landtagswahl!

Wehren wir uns vehement und entschlossen gegen diesen fundamentalen Eingriff in unsere Rechte, führen wir Gespräche mit denen, die für Argumente noch offen sind und innerparteiliche Demokratie noch ernst nehmen.



HERBERT DEBUS

BUND Kreisverband Groß Gerau

IMPRESSUM

Herausgeber: BUND Hessen e.V., Geleitsstraße 14, 60599 Frankfurt a. M., Tel. (069) 6773 76-0, www.bund-hessen.de, www.facebook.com/BUND.Hessen
Redaktion: Brigitte Martin (Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.)
Grundlayout: Janda+Roscher, Die WerbeBotschafter
Gestaltung: Julia Beltz
Spendenkonto: BUND Hessen, Frankfurter Sparkasse, IBAN DE32 5005 0201 0000 7999 12
Newsletter: Abonnement unter www.bund-hessen.de/newsletter